

Interpellation

der Abgeordneten Dr. Mühlenfeld, Dr. Seelos,
Frommhold und Genossen

betr. Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung.

Nach verschiedenen Erklärungen des Herrn Bundesministers für Wirtschaft, u. a. auch im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages vom 11. Oktober 1950, wurde das Wirtschaftsförderungsprogramm (2. Arbeitsbeschaffungsprogramm) vor längerer Zeit abgestoppt und nunmehr um die Hälfte der vorgesehenen Mittel auf 500 Millionen DM reduziert. In diesem als „Engpaßprogramm“ bezeichneten Plan sind Kredite für bestimmte Unternehmungen der Eisen-, Stahl- und Kohlewirtschaft, der Waggon- und Lokomotivindustrie sowie für den Seeschiffbau vorgesehen. Landwirtschaft und Flüchtlingsbetriebe können danach nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Bundesregierung ist bekannt, daß der erfolgte Wirtschaftsaufschwung, die Verminderung der Arbeitslosigkeit hauptsächlich für den Westen der Bundesrepublik festgestellt werden kann, während sich in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Hessen, also in den Ländern, die weit über dem Bundesdurchschnitt Heimatvertriebene und Flüchtlinge aufgenommen haben und noch aufnehmen, die Wirtschaft und die Beschäftigungslage bei weitem nicht im gleichen Umfange günstig entwickeln konnten.

1. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun in Anbetracht der Tatsache, daß die bisherigen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen - mit Ausnahme des Seeschiffbaues, der auf verhältnismäßig engen Raum konzentriert ist - sich nur in den Gebieten um Rhein, Ruhr, Rhein-Main und Neckar auswirken konnten, um der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit und der Notlage in den genannten Ländern entlang des Eisernen Vorhanges und der Grenze eines sowjetischen Satellitenstaates zu steuern?
2. Ist die Bundesregierung bereit, die in diesen Gebieten vorhandenen wichtigen und komplexen Arbeitsmöglichkeiten (z. B. Küstenschutz, Arbeiten an Flüssen und Kanälen, Eisenbahn und Straßen, Wiedererrichtung ehemaliger Wehrmachtsbetriebe mit ortsansässiger aber arbeitsloser Belegschaft für die Friedensproduktion) zu aktivieren und besonders auch Flüchtlingsbetriebe zu fördern, weil die Mittel der Länder und der Sondervermögensträger nicht ausreichen?

3. Ist die Bundesregierung bereit, in das Engpaßprogramm die Wiedereinrichtung der entsprechenden Anlagen der Eisenerzeugung und Eisenverarbeitung und die notwendigen Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse in Watenstedt-Salzgitter einzubeziehen?
4. Ist die Bundesregierung bereit, der außerordentlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Wiederaufbaues der deutschen Handelsflotte und der Modernisierung der deutschen Fischereiflotte, der Küstenschifffahrt und der Binnenschifffahrt durch Erhöhung der hierfür im Engpaßprogramm vorgesehenen Kredite Rechnung zu tragen, ferner dafür zu sorgen, daß für diese Zwecke genügend Kapazität auf den für Hochseeschiffbau geeigneten Werften vorgehalten wird und daß die kleineren Werften und ihre Zulieferindustrien zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Küstengebiet entsprechend beaufschlagt werden können?
5. Ist der Bundesregierung bekannt, daß in letzter Zeit mehrfach Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft aus dem östlichen in den westlichen Raum der Bundesrepublik verlagert wurden, um den Nachteilen der strukturell bedingten schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse zu entgehen?

Bonn, den 6. November 1950

Dr. Mühlenfeld	Ewers	Dr. von Merkatz
Ahrens	Farke	Tobaben
Bahlburg	Frau Kalinke	Walter
Dr. von Campe	Kuhlemann	Wittenburg
Eickhoff	Matthes	

Dr. Seelos und Fraktion

Frommhold

Dr. Leuchtgens